

KONFLIKTBAROMETER

WELT 1993

*Jährliche Konfliktanalyse des
HEIDELBERGER INSTITUTS FÜR INTERNATIONALE
KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) E. V.*

1993 sind weltweit 119 nationale und internationale Konflikte registriert worden, etwas mehr als im Vorjahr und dies obwohl 17 Konflikte im Verlauf des Jahres beendet worden sind. Die konfliktreichsten Zonen waren wie im Vorjahr Europa und der Vordere und Mittlere Orient. Die Zunahme der Konflikte erfolgte vor allem bei Konflikten mit niedriger und - in geringem Maße - bei Konflikten mit höchster Intensität.

KONFLIKTINTENSITÄT	EUROPA		AFRIKA		AMERIKA		ASIEN		ORIENT		GESAMT	
	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu	lfd	neu
Latente Konflikte	12	1	8	0	10	0	8	0	5	0	43	1
Krisen	2	0	6	0	0	1	8	0	8	1	24	2
Ernste Krisen	6	0	6	0	4	0	4	0	6	0	26	0
Kriege	6	0	6	0	2	0	2	0	6	1	22	1
Summen	26	1	26	0	16	1	22	0	25	2	115	4
	27		24		17		22		27		119	
Putsch	1		2		1		0		0		4	
Putschversuche	1		1		1		0		0		3	

MABNAHMEN DER KONFLIKTVERARBEITUNG	EUROPA	AFRIKA	AMERIKA	ASIEN	ORIENT	GESAMT
Einvernehmliche Lösung (z. B. Friedensverträge)	2	5	3	0	0	10
Einvernehmliche Lösung mit Hilfe Dritter	0	0	0	0	1	1
Waffenstillstandsabkommen /Truppenabzug	1	3	0	0	0	4
Verhandlungen mit Hilfe Dritter	4	0	4	0	0	8
Beendigung durch Gerichtsurteil	1	0	0	0	0	1
Aufnahme von Gesprächen, Verhandlungen oder dipl. Beziehungen	0	3	4	8	8	23
Beendigung durch Druck/Drohung	1	1	0	0	0	2
Friedensmissionen	0	2	0	1	0	3
Deeskalation durch militärische Intervention	0	0	0	0	0	0
Beendigung durch Krieg	2	0	0	0	0	2

Legende: Konflikte können mehrfach gezählt sein, z.B. wenn ein Waffenstillstand erst vereinbart, dann aber wieder gebrochen wurde. 'lfd/neu': 1992 bereits laufende/1993 initiierte, politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. Stand 15.12.1993.
Alle Angaben beziehen sich nur auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit.

WELT

Die Welt ist 1993 nicht friedlicher geworden. Wir registrieren insgesamt 23 Kriege, 6 mehr als im Vorjahr und etwa gleichbleibend viele ernste Krisen (26).

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zeigen jedoch regionale Schwerpunkte. Allein das ehemalige Jugoslawien und die Randzonen der ehemaligen Sowjetunion verzeichnen 7 Kriege, die vornehmlich durch das Hinzutreten neuer Konfliktparteien in schon laufenden Konflikten zustande kamen. Hauptursache gewaltsamer Konflikte sind die Schwierigkeiten bei der Staatenbildung unabhängig gewordener oder sich abspaltender Gebiete. Alle Kriege mit Ausnahme des Krieges zwischen Armenien und Aserbaidschan sind innerstaatlicher Natur. Die Tendenz zur friedlichen Streitbeilegung zeigt sich in der Zunahme von Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft, sowie den 10 einvernehmlichen Lösungen.

EUROPA

Auch 1993 war der Kontinent durch die Konflikte um den Staatszerfall in Jugoslawien und der Sowjetunion zusammen mit dem Vorderen und Mittleren Orient erneut die konfliktreichste Region. Die sonstigen laufenden Konflikte konnten zwar nicht gelöst werden, zeigen aber eine Tendenz zur Deeskalation.

Nach einer Ausweitung der Bombenanschläge im laufenden Jahr scheinen sich in Nordirland erstmals direkte Gespräche mit der IRA anzubahnen, obgleich sowohl die britische Regierung als auch die IRA nach geheimen Kontakten noch Maximalforderungen für eine Gesprächsaufnahme gestellt haben. Durch die Festnahme fast der gesamten Führung ist die ETA im Baskenland stark geschwächt und daher zu Verhandlungen bereit. Auch der Konflikt auf Korsika hat an Intensität verloren, wenngleich keine Verhandlungen stattfinden. Die unter der Ägide der UNO laufenden Verhandlungen über das geteilte Zypern sind festgefahren, nachdem im vergangenen Jahr ein Durchbruch möglich schien. Die unnachgiebige Haltung des zyperntürkischen Führers Denktasch haben eine Lösung in weite Ferne gerückt. Keine Bewegung hat es auch im griechisch-türkischen Ägäiskonflikt gegeben.

Demgegenüber konnte der latente ukrainisch-polnische Streit um das ukrainische Gebiet bei Lemberg in einem Vertrag gelöst werden. Auch der ungarisch-slowakische Streit um das Donaukraftwerk Gabchikowo ist deeskaliert. Im Konflikt um die Abspaltung der Dnjesterregion in Moldawien hat der Waffenstillstand vom vergangenen Jahr noch Bestand, ohne daß der Konflikt gelöst wäre. In den ukrainisch-russischen Auseinandersetzungen (Atomwaffen/Zugehörigkeit der Krim/ tatarische Minderheit) haben sich die Parteien auf eine Teilung der Flotte geeinigt, während die anderen Probleme latent weiterbestehen. Der Putsch Anfang Oktober gegen den russischen Präsidenten Jelzin ist mit Hilfe des Militärs gewaltsam beendet worden. Die Annahme der Verfassung am 12. Dez. stärkte vorläufig die Position des Präsidenten; die ersten freien Parlamentswahlen führten allerdings zu unklaren Mehrheitsverhältnissen. Der seit 1988 andauernde Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg-Karabach ist dramatisch eskaliert. In mehreren Großoffensiven haben die Streitkräfte Armeniens und Karabachs sowohl einen weiteren Versorgungskorridor nach Armenien als auch weite Teile Aserbaidschans erobert und sind bis an die Grenze zum Iran vorgestoßen. Die militärische Unterlegenheit Aserbaidschans wurde durch die Wirren um den Sturz Präsident Eltschibejs noch verstärkt. In Georgien sind vier Konflikte auszumachen. Im Krieg um Abchasien hat die Zentralregierung im Herbst eine völlige Niederlage erlitten, so daß sich die gesamte Region in der Hand der Separatisten befindet. Dies ausnutzend versuchte der gestürzte Präsident Gamsachurdia die Macht zurückzuerobern. Nach anfänglichen Erfolgen konnten die Regierungstruppen mit Unterstützung russischer Einheiten den Angriff zurückschlagen. Auch die Krisen um die Regionen Südossetien und Adscharien

dauern an, wenngleich dort keine Kämpfe ausgebrochen sind.

Das im Januar 1988 zwischen Schweden und der damaligen Sowjetunion geschlossene Abkommen über die Abgrenzung ihrer Wirtschaftszonen in der Ostsee war durch die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten im September 1991 in Frage gestellt. Durch bilaterale Verhandlungen zwischen Schweden und den vier Anrainerstaaten Estland, Lettland, Litauen und Rußland (für Kaliningrad) wurden Fischereiabkommen erzielt, die mit den neuen Vertragspartnern die Abgrenzungslinie des Vertrages vom Januar 1988 mit den neuen Parteien beibehielten. Im Juni entschied der IGH in Den Haag im Streit zwischen Dänemark und Norwegen über den Kontinentalsockel und die Fischereizonen in dem Seegebiet zwischen Ostgrönland (unter dänischer Oberhoheit) und der norwegischen Insel Jan Mayen. Mit 14 zu einer Stimme beschloß er, das umstrittene Gebiet etwa zu gleichen Teilen beiden Seiten zuzuweisen.

Ungeachtet zahlreicher Vermittlungsversuche von EG und UNO konnten die Kriege im ehemaligen Jugoslawien auch 1993 nicht beendet werden. Die Führer der drei Volksgruppen stehen sich nach wie vor unversöhnlich gegenüber, scheuen sich aber gleichzeitig nicht, taktische Koalitionen in einzelnen Regionen Bosnien-Herzegowinas zu bilden, wenn diese Geländegewinne versprechen. Der Bürgerkrieg verläuft indessen nur scheinbar zwischen in sich homogenen ethnischen Gruppierungen. Intern sind Kroaten, Serben und Moslems in zahlreiche Fraktionen gespalten. In Serbien kam es zum Bruch der national-kommunistischen Allianz zwischen Präsident Milosevic und dem Extremisten Seselji. Im Lager der bosnischen Moslems kam es zu einer offenen Spaltung. Aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung des bosnischen Präsidenten Izetbegovic sagte sich Fikret Abdic, der Anführer der Moslems in der bosnischen Enklave Bihac von der Regierung los und schloß mit den übrigen Bürgerkriegsparteien einen Separatfrieden. Seither kommt es zu militärischen Zusammenstößen zwischen regierungstreuen bosnischen Truppen und Anhängern Abdics.

Die Lage in Mazedonien entspannte sich vorübergehend infolge des Einschwenkens von Griechenland auf einen modus vivendi in der Namensfrage und der präventiven Stationierung von UNO-Blauhelmen bzw. US-Kontingenten. Mazedonien bleibt aber nach wie vor ein potentieller Krisenherd.

AFRIKA

Die Demokratisierungsbewegungen, die noch 1992 Anlaß zu Hoffnung auf einen friedlichen Wandel gegeben hatten, konnten nicht überall im gewünschten Maße die alten Regimes ablösen. Den Erfolgen in Madagaskar, Mali, Niger und Lesotho stehen große Rückschläge in Nigeria, Kenia, Zaire oder Togo entgegen, die auch militärische Konflikte heraufbeschwören können, wie der Fall Angola zeigt. Die laufenden Kriege in Mosambik und Liberia konnten durch Friedensregelungen zunächst beigelegt werden, während in Angola, Ruanda und Somalia trotz verstärktem internationalem Engagement keine Lösung in Sicht ist.

Das Eintreffen einer UN-Friedenstruppe in Mosambik hat den dortigen Friedensprozeß weiter konsolidiert. Die Waffenruhe wurde eingehalten, lediglich die Demobilisierung der Bürgerkriegsparteien zog sich hin und war zum Jahresende keineswegs gesichert. Die Wahlen wurden auf Juni 1994 verschoben. In Liberia kam der seit 1990 andauernde Bürgerkrieg nach heftigen Kämpfen im Frühjahr durch ein international vermitteltes Friedensabkommen im Juli zu einem vorläufigen Ende. Einstweilen ist die geplante Abhaltung von Wahlen im Februar 1994 jedoch mehr als zweifelhaft. Die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe Ende September soll die Entwaffnung der Bürgerkriegsparteien vorantreiben.

Der Bürgerkrieg in Angola hat sich hingegen im Verlauf des Jahres in dramatischer Weise zugespitzt, nachdem Rebellenführer Jonas Savimbi seine Wahlniederlage im Herbst 1992

nicht anerkannt hatte und zur bewaffneten Auseinandersetzung zurückgekehrt war. Nach UN-Angaben forderte der Krieg im Herbst mehr als 1000 Tote pro Tag; die UNITA kontrolliert weite Teile des Landes, was zu einer Massenflucht nach Sambia geführt hat. Auch die US-amerikanische Anerkennung der angolanischen Regierung und die direkte Schuldzuweisung durch den UN-Sicherheitsrat hat die UNITA nicht zum Einlenken bewegen können. In Ruanda blieben alle Bemühungen, den seit 1990 anhaltenden Bürgerkrieg durch Verhandlungen zu beenden, erfolglos. Die Entsendung einer Beobachtermission und einer Friedenstruppe durch die Vereinten Nationen konnte die Kämpfe zwischen der in sich zerstrittenen Regierung und den Rebellen nicht stoppen. Auch in Somalia haben weder die multinationale UN-Interventionstruppe noch die folgende Friedensmission UNOSOM die geplante Befriedung des Landes erreichen können. Der Rebellenführer Aideed, der sich den Vereinten Nationen von Anfang an widersetzt hatte, konnte sich in Mogadishu behaupten. US-amerikanische, belgische und pakistanische Militäraktionen spitzten den Konflikt weiter zu. Die Sicherung eines humanitären Mindeststandards, die am Anfang der Intervention gestanden hatte, wurde immerhin garantiert. Die vom äthiopischen Präsidenten Zenawi vermittelten Friedensgespräche brachten jedoch keinen Erfolg, so daß im Frühjahr 1994 nach dem Abzug der UN-Truppen mit einem Wiederausbrechen des Bürgerkriegs gerechnet werden muß.

Nachdem durch Friedensabkommen und demokratischen Machtwechsel der ethnische Konflikt in Burundi eingedämmt schien, führte ein Putsch im Herbst zum Ausbruch bürgerkriegsähnlicher Gewalttätigkeiten im ganzen Land und zu Massenfluchtbewegungen. Der Bürgerkrieg in Uganda dagegen scheint mit der Aufgabe der letzten größeren Rebellengruppe am Ende des Jahres zum Ende gekommen zu sein. Auch im Tschad forderten ethnisch-religiöse Spannungen Hunderte von Todesopfern. Hier kontrollieren nach wie vor einzelne Rebellengruppen Teile des Territoriums, was jederzeit zu einem Neuausbruch des Bürgerkriegs führen kann. Gespannt bleibt die Lage schließlich auch in Djibouti, wo Hoffnungen auf eine Aussöhnung mit den im Norden kämpfenden Afar-Rebellen durch wiederholte Zusammenstöße zunichte gemacht wurden, und im Niger, wo der bewaffnete Konflikt mit den Tuareg auch vom neuen demokratisch gewählten Präsidenten nicht entschärft werden konnte. Die befürchteten Spannungen zwischen dem im April unabhängig gewordenen Eritrea und Äthiopien blieben hingegen aus. Der beispielhaft friedliche Sezessionsprozeß, einmalig in der dreißigjährigen Geschichte des unabhängigen Schwarzafrika, beendete einen der langwierigsten und blutigsten Konflikte in Afrika.

Hingegen geriet der ethnische Konflikt zwischen Senegal und der secessionistischen Provinz Casamance, der schon seit der Unabhängigkeit besteht, auf die Stufe bewaffneter, anlässlich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sogar bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Verschärft hat sich ebenfalls der Konflikt zwischen Tansania und dem nach Unabhängigkeit strebenden Sansibar, das zu Beginn des Jahres eigenständiges Mitglied in der Islamischen Konferenz (OIC) wurde. Hier kam es allerdings nicht zu bewaffneten Zusammenstößen.

Schließlich schuf die Unterdrückung des Demokratisierungsprozesses in mehreren Staaten ein latentes Konfliktpotential, das immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen und gewalttätigen Aktionen marodierender Soldaten führte. Die blutige Unterdrückung der Opposition führte besonders in Zaire, aber auch in Togo, Kongo und Äquatorial-Guinea zu schweren Unruhen, die bis an den Rand des Bürgerkriegs eskalierten. In Kenia und Nigeria kam es vor allem vor und nach den Wahlen zu Unruhen mit zahlreichen Toten; die Unruhen ebten allerdings jeweils bald wieder ab.

Als historisch kann man den Durchbruch bezeichnen, den Nelson Mandela und Präsident de Klerk nach jahrelangen Verhandlungen in Südafrika erreicht haben. Der schrittweise Abbau der Apartheid bis zur Etablierung einer Interimsregierung und schließlich die Verabschiedung einer neuen demokratischen Verfassung im Dezember, mit der endgültig die für nächstes Jahr

vorgesehenen freien Wahlen durchgeführt werden können, wurde trotz größter Probleme durchgehalten. Der ANC stand unter großem Druck eigener radikaler Anhänger und des PAC, der den bewaffneten Kampf weiterführen will. Gleichzeitig eskalierte der gewaltsame Konflikt mit der Inkhata, den Zulus, der den Machtkampf nach den Wahlen vorwegnimmt. Ebenso ist eine Auseinandersetzung innerhalb der Weißen mit der reformfeindlichen AWB im Gange, die eine schwarze Machtübernahme verhindern will. Demgegenüber haben die Verhandlungen zwischen Südafrika und Namibia um die Zukunft der Walfischbucht zu einer Übereinkunft geführt, wonach die Bucht 1994 an Namibia übergeben werden soll.

ASIEN

Im Überblick zeigt der asiatische Kontinent eine ruhigere Konfliktlage. Kriege sind zurückgegangen und zwischenstaatlich überwiegen Annäherungsversuche.

Südasien

In Indien kam es zu Unruhen zwischen Hindus und Muslimen im Zusammenhang mit der Zerstörung der Moschee in Ayodhya durch Hindus. Die Sezessionsbestrebungen bewaffneter Gruppen im Punjab, in Assam und im Nagaland dauern an, ebenso wie die Auseinandersetzung mit Pakistan und einer kaschmirischen Separatistengruppe um Kaschmir, die zu einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung eskalierte. In Sri Lanka dauert der Bürgerkrieg mit der tamilischen Guerilla, v.a. der LTTE an, wobei es auch innerhalb der Volksgruppen durch rivalisierende Einheiten zu Pogromen kommt. Ein Höhepunkt war die Ermordung des Staatspräsidenten Premadasa, die die Ausrufung des Ausnahmezustandes nach sich zog. Auch in Myanmar (Birma) dauert der Krieg zwischen mehreren ethnischen Minderheiten und der Regierung an. Trotz der Lockerung des Kriegsrechts besteht kaum Aussicht auf eine Machtübergabe der Militärs an die gewählte Regierung. Der ungeklärte Tod eines Oppositionspolitikers löste in Nepal im Juni schwere Krawalle mit zahlreichen Toten aus. Wachsende Spannungen gibt es auch in Bhutan durch die Diskriminierung der nepalesischen Minderheit.

Ostasien

In China fanden in Tibet im Mai die schwersten Unruhen seit 1989 statt. Die inoffiziellen Gespräche mit Taiwan in Singapur führten im April zur Unterzeichnung von Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Neue Belastungen ergaben sich erneut durch das Streben Taiwans nach einem eigenen Sitz in internationalen Organisationen (v.a. der UNO), wogegen China mit seinem Alleinvertretungsanspruch vehement protestiert. Bei den Grenzkonflikten mit seinen Nachbarn wurden Fortschritte erzielt. Mit Laos wurde im Januar ein Protokoll unterzeichnet, in dem sich beide Seiten verpflichteten, zu einer einvernehmlichen und nichtkriegerischen Lösung zu gelangen. Auch mit Indien wurde im September ein Vertrag geschlossen, der die Parteien verpflichtet, ihre Militärpräsenz zu verringern und eine friedliche Lösung zu erreichen. Über die Grenzfragen mit Rußland werden Gespräche geführt, die seit dem Staatsbesuch Präsident Jelzins im Dezember 1992 in freundschaftlicher Atmosphäre stattfinden. In die Auseinandersetzung zwischen Rußland und Japan um die Kurileninseln ist vorübergehend Bewegung gekommen, nachdem Präsident Jelzin bei seinem Japanbesuch im Herbst erstmals die Möglichkeit einer Rückgabe angedeutet hat.

Auf der koreanischen Halbinsel sind die Annäherungsbemühungen durch die nordkoreanische Weigerung, ihre Atomanlagen durch die IAEO inspizieren zu lassen, belastet worden. Während gemeinsamer, südkoreanischer und US-amerikanischer Manöver mit amerikanischen

Truppen verhängte Nordkorea im März einen "Halbkriegszustand". Der Konflikt um die Spratley und Paracelinseln v.a. zwischen China, Taiwan und Vietnam besteht latent weiter.

Südostasien

In Laos gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen mit oppositionellen ethnischen Minderheiten. In Kambodscha wurde die im März 1992 begonnene - bislang aufwendigste UN Mission - im September beendet. Obwohl sie ihr Ziel, alle Konfliktparteien, d.h. auch die Roten Khmer, einzubeziehen wegen deren Ablehnung nicht erreicht hat, war sie erfolgreich bezüglich der Abhaltung freier Wahlen im Mai. Die Kämpfe mit den Roten Khmer haben nachgelassen, seit diese eine abwartende Haltung einnehmen. Nach dem Aufstand im vergangenen Jahr hat sich die innenpolitische Lage in Thailand beruhigt, seit die Wahlen vom September 92 eine demokratische Regierung hervorgebracht haben. In Indonesien sind die Kämpfe mit allen Separatistenbewegungen zurückgegangen, sowohl in Atjeh als auch mit der OPM in Westirien. Die FRETILIN in Osttimor ist nach der Festnahme ihres Führers Gusmao und seines Nachfolgers schwer angeschlagen. Der Kleinkrieg auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Bougainville dauert an.

VORDERER UND MITTLERER ORIENT

In der Region des Vorderen und Mittleren Orients, die sich von der Westsahara im Westen bis Tadschikistan im Osten erstreckt, dominierten folgende Ereignisse die Entwicklung des vergangenen Jahres:

Maghreb

In den arabischen Staaten Nordafrikas setzt sich das Erstarken islamistischer Bewegungen fort. Der innenpolitische Konflikt in Algerien ist weiterhin ungelöst und droht sich nach Angriffen der islamistischen FIS auf frankophile Intellektuelle und nach der Entführung von Ausländern zu internationalisieren, ähnlich wie die Konfrontation von Regierung und Islamisten in Ägypten. Die UNO-Sanktionen gegen Libyen, das die Auslieferung mutmaßlicher Terroristen an die USA bzw. Großbritannien weiterhin ablehnt, werden nochmals verschärft. Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit geht der Bürgerkrieg im Sudan in sein zehntes Jahr und erfährt durch die Kämpfe der aufständischen SPLA-Fraktionen untereinander eine drastische Verschärfung, unter der vor allem die Zivilbevölkerung im Zentrum und im Süden des Landes leidet.

Arabischer Osten

Diese Region ist bestimmt von den Entwicklungen im Palästinakonflikt. Nach heftigen Angriffen palästinensischer Guerillas auf die israelisch besetzte Sicherheitszone in Südlibanon und auf Nord-Israel führt Israel den schwersten militärischen Vergeltungsschlag seit seiner Intervention im Jahr 1985 aus. Positiv entwickeln sich die Friedensverhandlungen zwischen der PLO und der israelischen Regierung, die erstmals sowohl die PLO als Verhandlungspartner als auch das Prinzip 'Land gegen Frieden' anerkennt; mit dem Gaza-Jericho-Abkommen wird ein erster Schritt in Richtung Autonomie der israelisch besetzten Gebiete gemacht. Der innenpolitische Konflikt im Irak zwischen Bagdad und den in den südlichen Landesteilen lebenden Schiiten sowie mit den Kurden im Norden hält unvermindert an, ebenso der außenpolitische Konflikt mit der UNO um die Einhaltung der Waffenstillstandsverpflichtungen aus dem Zweiten Golfkrieg. Mehrmals kommt es zu US-amerikanischen, französischen und britischen Luftangriffen auf irakische Raketenstellungen und zum Raketenangriff auf das Hauptquartier des irakischen Geheimdienstes in Bagdad. An der vom

In der wiederum konfliktärtesten Region Zentral- und Südamerika überwiegen Deeskalation, Stabilisierung und Rückgang von Putschen und Putschversuchen. Die notwendigen ökonomischen Stabilisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen haben zwar zu sozialen Härten geführt, die eine latente Gefahr für die Festigung demokratischer Regierungen darstellen. Doch haben die in einigen Ländern (Chile, Argentinien, Bolivien, Mexiko) beachtlichen Erfolge (Rückkehr von Fluchtkapital, Nettoressourcenanwender, Inflationsdämpfung und Wachstum) zur Festigung der Demokratien geführt; statt durch Putsche sind in diesem Jahr in einigen Ländern Regierungen durch Wahlen abgelöst worden. Dazu tragen auch die verstärkten Bemühungen um regionale Wirtschaftskooperation bei, die durch die NAFTA beflügelt wurden.

In Guatemala wurde der Waffenstillstand weitgehend eingehalten und die in Mexiko-City laufenden Gespräche mit der Guerilla trotz des versuchten Putsches vom August fortgeführt. Auch der nicaraguanisch-kolumbianische Disput um die San Andres-Inseln ist trotz gelegentlicher rhetorischer Attacken nicht eskaliert. Ebenso bemühen sich Venezuela und Guyana bzw. Venezuela und Kolumbien die Grenzfragen um Essequibo bzw. die Monjes-Inseln einvernehmlich zu regeln. Zu einem Durchbruch ist es Dank der diplomatischen Bemühungen des peruanischen Präsidenten Fujimori in der Frage des bolivianischen Meereszugangs gekommen. Nach den Verhandlungen erhielt Bolivien einen Freihafen bei der Stadt Ilo zugesprochen, was den Konflikt faktisch beigelegt hat. Auch bei den Grenzfragen in den Anden zwischen Chile und Argentinien deutet sich eine Übereinkunft an, ebenso wie zwischen Peru und Ecuador in der Frage um das Amazonasgebiet. Verbessert hat sich ebenso das Klima im Streit um die Falkland-Inseln. In Summe konnten die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Guerrillagruppen durch ein Friedensabkommen beendet werden. Im einzigen Krieg in der Neuen Welt, in Peru, gelang der Regierung mit der Verhaftung des Chefs des Leuchtenden Pfades ein großer Erfolg, der den Konflikt nicht beendet, aber die Guerilla stark geschwächt hat, so daß sie erstmals Gesprächsbereitschaft signalisierte. Die noch andauernden Kämpfe scheinen sich auf das obere Huallagatal, dem Zentrum des Drogenbaus zu konzentrieren.

AMERIKA

Zentralasien
Die Peripherie Zentralasiens ist von den blutigen Bürgerkriegen in Tadschikistan und in Afghanistan gezeichnet. Massiv tritt Rußland im tadschikischen Bürgerkrieg auf der Seite der Zentralregierung in Duschanbe auf. Seit Mitte des Jahres liefern sich russische Truppen an der tadschikisch-afghanischen Grenze fast täglich Gefechte mit islamischen Rebellen, die Afghanistan als Rückzugsraum nutzen und mit deren Unterstützung afghanischen Mudschaheddin. Auch der afghanische Bürgerkrieg hat noch kein Ende gefunden, wobei sich die Kämpfe auf die Hauptstadt Kabul konzentrieren. In den de-facto unter den Kriegsfürsten aufgeteilten Provinzen herrscht überwiegend Ruhe.

Irak nicht anerkannten und einseitig zugunsten Kuwaits verlegten Südgrenze kommt es immer wieder zu Zwischenfällen. Konflikte zwischen Mehrheit und Minderheit werden in der Türkei und im (Trans-)Kaukasus blutig ausgetragen: in der Türkei treibt die Eskalation des Kurdenkonflikts die Bevölkerung in den östlichen Landesteilen vermehrt in die Arme der aufständischen PKK, so daß die Zentralregierung zusehends die Kontrolle über das Gebiet verliert. Auch hier erhält der Konflikt außenpolitische Dimensionen, da kurdische Aktivisten ebenfalls ausländische Touristen gefangen nehmen und Anschläge auf Einrichtungen des türkischen Staates im Ausland unternehmen.

Demgegenüber verschärften sich die Konflikte in Haiti, Kolumbien, Nicaragua und Kuba. Durch die Involvierung der USA und der UNO erlangte der Konflikt in Haiti die höchste Aufmerksamkeit. Der Druck auf die seit dem Putsch vom September 1992 herrschenden Militärs wurde durch das Wirtschafts- und Waffenembargo der UNO drastisch erhöht, nachdem diese sich geweigert hatten, gemäß einer Abmachung vom Juli die Macht an den exilierten Präsidenten Aristide zurückzugeben. Auf Kuba erhöhten sich die Spannungen durch die katastrophale Wirtschaftslage, die die USA mit ihrer Blockade verschärfen, um zum Sturz Castros beizutragen. In Nicaragua sind erneut Kämpfe mit wiederbewaffneten Contras ausgebrochen und in Kolumbien hat es erneut Überfälle der FARN-Guerilla gegeben. Im Kampf gegen das Medellinkartell hat die Regierung mit der Tötung von Pablo Escobar einen Sieg errungen. Doch zum einen ist das Kartell nicht zerschlagen und zum anderen ist das Calikartell bereits zur größten Drogenorganisation des Landes aufgestiegen.

KONFLIKTVERHÜTUNG DURCH REGIONALORGANISATIONEN

EUROPÄISCHE UNION

Die Fortschritte im Ausbau des Binnenmarktes (EG, EWR) wurden durch das Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages zur Europäischen Union begleitet, der eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorsieht. Die Bemühungen der EU um Eindämmung des Jugoslawien-Konfliktes haben allerdings zu keinen Erfolgen geführt.

NAFTA

Nach harten Auseinandersetzungen namentlich mit der eigenen Partei konnte Präsident Clinton seinen bislang wichtigsten innenpolitischen Erfolg verbuchen. Nachdem der Kongreß zugestimmt hat, wurde das Abkommen auch vom mexikanischen Parlament gebilligt. Mit dem zum 1.1.1994 in Kraft tretenden Freihandelsabkommen wird nach einer Übergangszeit von 15 Jahren der weltweit größte gemeinsame Markt verwirklicht.

MERCOSUR/ ANDENPAKT/ GEMEINSAMER ZENTRALAMERIKANISCHER MARKT

Die Sogwirkung durch NAFTA und die tendenzielle Befriedung der inneren Konflikte sowie die gemeinsame ökonomische Krise begünstigen seine Fortentwicklung.

ASEAN

Die ASEAN Mitgliedsstaaten haben die Bildung einer Freihandelszone bis 2008 festgelegt.

Schwarzmeer-Anrainer

Zwar leidet diese Organisation unter internen und zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, aber sie bemüht sich um Vermittlung in der Dnestr-Republik, in Karabach und in Ossetien.

Herausgeber:

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) e.V. erfaßt systematisch die jährlich stattfindenden (neu initiierten und fortlaufenden) Konflikte in ihren unterschiedlichen Intensitäten. Ebenfalls registriert werden die Konfliktbeendigungen bzw. -lösungen, wobei Lösung sich auf dauerhafte, weil konsensual beschlossene Übereinkommen stützen muß. Dieser Konfliktbarometer gibt die Soll- und Haben-Bilanz internationalen Konfliktverhaltens wieder und aktualisiert das zugrundeliegende Nachschlagewerk 'Konflikte seit 1945' (Freiburg: Ploetz-Vlg. 1991).

Anschrift: Prof. Dr. Frank R. PFETSCH, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, Marstallstr. 6, 6900 Heidelberg